

# Arbeiter-Zeitung

Montag, 18. Mai 1931  
Ausg. A. 13. Jahrgang. Nummer 97

ersch. täglich mit Ausnahme des Sonn- und Festtags. Bezugspreis: wöchentlich 48 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf. monatlich 2,10 RM. + 50 Pf. Botenlohn = 2,60 RM. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 3,60 RM., unter Einverständnis des Verlegers. Die dreispaltige Millimeterzelle ober deren Raum 12 Pf., zweispaltige 8 Pf., vierstellige 12 Pf., fünfstellige 15 Pf., sechsstellige 18 Pf., siebenstellige 21 Pf., achtstellige 24 Pf., neunstellige 27 Pf., zehnstellige 30 Pf., elfstellige 33 Pf., zwölfstellige 36 Pf. — Schluss der Inseratannahme in der Hauptredaktion um 12 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, 1. u. 2. Stockwerk, Telefon 460 30. Postfach 10000. Breslau 544, Kabanienstr. 10, Trebnitzer Straße 50, Telefon 439 02. Sprechzeit der Redaktion von 12-13 Uhr, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktionen: Berlin, Runtz 6, Leipzig 23 54. Geschäftszeit von 8-19 Uhr. Geschäftsstand: Hauptverlagort Breslau. Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. B. G., Breslau. — Druck: „Vorwärts“ AG., Ul. Breslau Trebnitzer Straße 50, Telefon 464 55.

## Massenentlassung in D.S.

**600 Arbeiter der Luise-Grube und 340 Arbeiter der Gleiwitzer-Grube werden entlassen / Die Reformisten stimmen zu / Nur die KPD. und die roten Betriebsräte gegen den Gewaltstreich der Bergherren / Macht die Betriebe streikfertig**

Wie der Einheitsverband der Bergarbeiter in Oberschlesien mitteilt, hat auf der Luisegrube eine Sitzung des Betriebsrats stattgefunden, weil die Verwaltung bekanntgab, daß etwa 500 Bergarbeiter entlassen werden sollen. Diese Entlassungen werden etappenweise durchgeführt. Noch in dieser Woche bekommen 300 Bergarbeiter die Kündigung, und in der nächsten Woche folgen weitere 200 Arbeiter. Die reformistischen Betriebsräte Pöcher und Trellie und mit ihnen treu im Bunde der Renegat Hubel sind der Ansicht, daß die Arbeiter gegen diese Maßnahmen der Verwaltung nichts unternehmen können, auch eine Klage vor dem Arbeitsgericht käme nicht in Frage. Nur die sieben roten Betriebsräte wandten sich gegen diese Entlassungen.

Um eine Diskussion über die Kampfmaßnahmen der Belegschaft gegen diese Massenentlassungen in der Belegschaftsversammlung besser abwägen zu können, wurde die Versammlung nicht, wie es bisher üblich war, im Zechenhaus, sondern im Gewerkschaftshaus abgehalten. Unter der Arbeiterchaft herrscht große Empörung über die Maßnahmen der Grubenherren und über den Verrat der reformistischen Führer.

Auch auf der Gleiwitzer Grube werden Massenentlassungen durchgeführt. Heute, Montag, wird eine Betriebsratsitzung stattfinden, die von der Verwaltung einberufen wurde und in der die Verwaltung bekannt geben wird, daß die Kokerei stillgelegt und die gesamte Belegschaft dieses Betriebes — 170 Arbeiter — entlassen wird. Auch von den Untertagearbeitern werden weitere 170 Mann gefeuert und auf das Pflaster geworfen.

Gindenburg, 17. Mai. (Fig. Meldung.)

Oberschlesien bis zum 31. Juli Geltung hat. Daraus müssen die Arbeiter der Gruben und Hütten erleben, daß die Arbeiterchaft nicht bis zum Ablauf dieser Zeit warten darf, weil damit schon das Unternehmertum die Lohnabbauoffensive eingeleitet hat. Dieser raffinierte Trick wird nach sich ziehen eine längere Arbeitszeit und damit im Zusammenhang neue Entlassungen.

Kameraden, das ist die Anwendung der Klausel des Schlichtungsspruches, die in den letzten Tagen auch im Ruhrgebiet abgelehnt worden ist. Dieser Trick hat folgenden Wortlaut:

„Bei eventueller Verringerung der Arbeitszeit kann auch während der Dauer eines Lohnabkommens über eine eventuelle Verringerung der Löhne für den von der Verringerung betroffenen Teil der Arbeitszeit verhandelt werden.“

Daraus können die Unternehmer alles herleiten. Datum verstärkte Kampfparierungen, und gegen diesen zwischentariflichen Lohnraub des Kapitals als Antwort: Mobilisierung der Belegschaften und Streikreifmachung der Betriebe!

### Die sächsische Schupo gegen Gehaltsraub

Am 9. Mai fand in Dresden der erste außerordentliche Verbandstag des Verbandes der sächsischen Schupo statt. Das Referat des Verbandführers Stephan wurde durch heftige Zwischenrufe unterbrochen, in denen der Unwille der Beamten gegen den geplanten Gehaltsraub in Höhe von 4-6 Prozent zum Ausdruck kam. Die Tagung war außerordentlich lebendig, so daß die anwesenden offiziellen Regierungsvertreter sich bald aus dem Saale machten. Lebhaften Beifall erhielt der Redner der kommunistischen sächsischen Landtagsfraktion, Genosse Siedemann. Er schilderte den anwesenden Polizeibeamten die grundsätzliche Stellung der Kommunisten zum kapitalistischen Ausbeutertum und zur kapitalistischen Wirtschaft, um davon ausgehend die gemeinsamen Interessen der unteren Beamten und der Arbeiter im Kampf gegen Lohn- und Gehaltsraub aufzuzeigen. Die Ausführungen des Gen. Siedemann wurden besonders am Schluß lebhaft beklatscht.

### Herr Groener fürchtet die bolschewistischen Bazillen

Berlin, 18. Mai. (Fig. Drahtber.) Wie die Montagblätter melden, sind in Hannover zwei Angehörige der Reichsmehr, und zwar zwei Vertreter der Fahrabteilung 6, verhaftet worden, da sie kommunistische Propagandachriften vertrieben haben und eine Zelle gründeten. Die Verhaftung erfolgte auf Veranlassung des Abteilungscommandeurs im Einvernehmen mit dem Reichswehrcommando VI. Von Seiten der Staatsanwaltschaft wird der Fall sehr geheim behandelt.

Wieder werden in Oberschlesien rund 900 Arbeiter auf die Straße gesetzt. Das ist die „Besserung der Wirtschaftslage“, wie die gesamte bürgerliche und sozialdemokratische Presse seit einigen Wochen prophezeit, seitdem die wärmere Witterung für einige Arbeiter der Luise-Grube Arbeit brachte. Über diese „Besserung“ ist nichts als Lug und Trug. Erst vorige Woche meldeten wir, daß im Waldenburger Bergrevier 600 Bergarbeiter und 300 Arbeiter der Chemischen Industrie entlassen wurden. Rücksichtslos und brutal werden tausende Arbeiter und deren Angehörige dem Elend preisgegeben, um den Profit zu erhöhen.

Die reformistischen Gewerkschaftsführer tun alles, um einen Kampf der Bergarbeiter zu verhindern. Diesmal empfehlen sie sogar den Bergarbeitern nicht mehr ihr bei solchen Anlässen bisher immer empfohlenes Mittel, den Arbeitseinstich. Nur die revolutionäre Gewerkschaftsopposition führt den entscheidenden und entschlossenen Kampf gegen die Lohnrauboffensive und die Massenentlassungen. Mit leeren und hohlen Protesten wird den Bergarbeitern nicht geholfen. Die Bergarbeiter müssen sofort Stellung nehmen, müssen sofort die Betriebe und Schächte streikfertig machen. Nur der Streik ist die Waffe der Arbeiter gegen die Willkür. Verurteilt Belegschaftsversammlungen ein, mobilisiert die Belegschaft und organisiert den Kampf gegen Massenentlassungen und Lohnraub.

### Raffinierter Lohnraub auf der Concordia-Grube

Gindenburg, 18. Mai. (Fig. Meldung.)

Am 15. Mai wurden auf der Concordia-Grube die Uebertagearbeiter (Werkstatt) aus dem Grubentarifvertrag in den Hüttenarbeitsvertrag überführt. Diese Überführung bedeutet für jeden Arbeiter eine Lohnminderung von circa 1,05 Mark. Dieser raffinierte Trick liegt im Rahmen des von den Reformisten, Christen und Polen unterzeichneten Tarifvertrages. Zu dieser Lohnkürzung soll auch noch der Urlaub gekürzt werden, sowie die Kohle in Wegfall kommen.

Kameraden, das ist die neue Lohnabbauoffensive innerhalb der Zeit des verbindlich erklärten Tarifvertrages, der bei uns in

## KPD.-Wahlsieg in Oldenburg

KPD. verliert 9000 Wähler — Fast 40 Prozent Gewinn für die KPD. — Nazi gewinnen von den bürgerlichen Parteien

Das vorläufige Wahlergebnis sämtlicher Wahlkreise in Oldenburg bei den gestrigen Wahlen für den Oldenburger Landtag ist folgendes (der jetzige prozentuale Anteil der einzelnen Parteien zu dem Gesamtergebnis):

	Reichstag	Landtag
KPD.	19 389 (7 % 3 Mandate)	13 933 8 490 (1)
SPD.	54 879 (21,4% 11 Mandate)	66 148 67 005 (15)
Nationalsoz.	101 490 (38 % 19 Mandate)	76 216 17 457 (3)

Staatspartei	8 513 (3,3%)	1 Mandat	13 579	24 771 (5)
Zentrum	46 192 (18 %)	9 Mandate	47 733	39 602 (9)
Wirtsch.-Partei	4 274 (1,7%)	0 Mandate	10 029	11 783 (2)
Landvolkpartei	5 403 (2,1%)	1 Mandat	12 756	14 450 (3)
Volkspartei	5 598 (2,2%)	1 Mandat	14 203	41 113 (3)
Deutschnat.	12 689 (5 %)	2 Mandate	14 677	— (6)

Die gestrige Landtagswahl brachte einen sehr großen Vormarsch der KPD. in diesem überwiegend agrarischen Lande. Sie konnte ihre Stimmzahl gegenüber der Landtagswahl 1928 mehr als verdoppeln, auch gegenüber der letzten Reichstagswahl hat sie noch fast 40 Prozent ihrer Stimmen hinzugewonnen. Stand bisher 1 Abgeordneter der gesamten Klassenfront der Arbeiter gegenüber, so verfügt die KPD. künftig über 3 Vertreter im Landtag. Die SPD., deren Stimmzahl bei der Reichstagswahl in Oldenburg nicht wesentlich gegenüber der Landtagswahl 1928 gesunken war, mußte sich diesmal einen großen Einbruch der Kommunisten in ihre Reihen gefallen lassen. Die Nazis gewannen hauptsächlich nur dadurch, daß sie die übrigen bürgerlichen Parteien mit übernahmen.

Die Nazis erhielten einen allerdings sehr geringen Teil der früheren SPD.-Wähler. Den überwiegenden Teil der von der SPD. abwandernden Wähler aber konnte die KPD. für den Klassenkampf erfassen. Die bürgerlichen Parteien verloren gegenüber der Reichstagswahl insgesamt circa 29 000 Stimmen, wovon die Nazis 23 000 Stimmen gewannen. Die bisher vorliegenden Einzelergebnisse lassen erkennen, daß die Nazis in Oldenburg stellenweise sogar erhebliche Verluste erlitten haben. So würde z. B. die Mehrheit von Nazis und Deutschnationalen im Oldenburger Stadiparlament selbst nach den gestrigen Wahlergebnissen nicht mehr gezögern.

## Heraus zum Protest

gegen den Polizeiüberfall auf die Kundgebung auf dem Neumarkt

Auf den Aufmarsch der Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, auf den Schrei der Erwerbslosen und Kriegsopfer, der Kleinen Rentner und notleidenden Mittelständler nach Arbeit und Brot, auf die Kampfanfrage der KPD. und KPD. gegen die soziale Reaktion und den Lohn- und Unterdrückungsraub antwortete der Polizeipräsident mit Gummitrüffelattacken.

## Heute abend 7.30 Uhr auf dem Neumarkt!

Die Stadteile treten um 19. Uhr an folgenden Stellen an: Nord: Weihenburger Platz. — Nordost: Girsch, Ecke Bodestraße. Ost: Königsgräber Straße. — Süd: Leichäder. — West: Westpark. — Zentrum: Bodestraße, Ecke Königsplatz.

# Gurra! Der Panzertreuzer der SPD. ist da!

Die Geschichte des Panzertreuzers A von den Waimahlen 1928 bis zum Stapellauf am 19. Mai 1931

Von Walter Stoecker

## Vor drei Jahren

„Wir brauchen kein neues Panzerschiff, das allein 80 Millionen kostet. Wir brauchen keinen Reichswehretat, der so groß ist, wie der Etat der alten kaiserlichen Armee. Leicht können 200 Millionen gespart werden.“

(Wortliches Zitat aus einem Wahlflugblatt der SPD. zu den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928, verantwortlich gezeichnet vom Parteivorstand der SPD., gedruckt in der „Holländischen Arbeiter-Zeitung“ m. S. 5.)

Drei Jahre sind es jetzt her, daß die Sozialdemokratie den Wahlkampf zum Reichstag führte, vor allem mit der betrügerischen Losung: „Kinderpeisung statt Panzertreuzer“. In allen Wägen Deutschlands verkündeten SPD-Medner, Zeitungen und Flugblätter, daß durch einen großen Wahlsieg der SPD, die Politik des Bürgerblods auf Einstellung der fünf Millionen für die Kinderpeisung und Bewilligung des Panzertreuzers A geändert werden müsse. Tausende von Möbelwagen fuhrten am Wahltag in den Städten herum, um Dumme zu fangen mit dem SPD-Wahlbetrug „Kinderpeisung statt Panzertreuzer“.

Drei Jahre sind seitdem verfloßen. Am Anfang des Hermann-Müller-Kabinetts stand der Beschluß auf Bau des Panzertreuzers A und am Ende der Hermann-Müller-Regierung der einstimmige Beschluß dieses Kabinetts auf den Bau der ganzen Panzertreuzerflotte!

Da die Sozialdemokraten mit allen möglichen Methoden ihre politische Verantwortung für den Panzertreuzerbau vor den empörten Arbeitermassen zu verschleiern suchten, sei hier der Panzertreuzerbau der SPD. einmal chronologisch aufgezeigt:

## Sie drücken sich vor der Entscheidung

Am 15. Juni 1928, vor Zusammentritt des neugewählten Reichstages, stellte die kommunistische Reichstagsfraktion als eine ihrer ersten Forderungen folgenden Antrag:

„Stoeder, Schuller und Genossen (Drucksache Nr. 53): Der Reichstag wolle beschließen:

Die Reichsregierung anzufordern, den Bau des im März dieses Jahres beschlossenen Panzertreuzers A nicht in Angriff zu nehmen, die im März d. J. dafür bestimmte erste Rate von 9 Millionen Reichsmark für Schulspeisungen für Volksschulkinder zu verwenden und umgehend einen entsprechenden Ergänzungsetat vorzulegen.“

Dieser kommunistische Antrag wurde mit der Beratung der Regierungserklärung verbunden und stand am 3. April und 5. Juli 1928 mit zur Tagesordnung.

Am 5. Juli 1928, beim Schluß der Regierungsdebatte, verlangten die Kommunisten die Abstimmung über ihren Antrag. Die Sozialdemokraten aber beantragten Ueberweisung an den Haushaltsausschuß, um sich um eine Abstimmung herumzudrücken und den Antrag im Haushaltsausschuß verschleppen zu können. Gegen die Stimmen der Kommunisten wurde dann mit den sozialdemokratischen Stimmen die Ueberweisung des Antrages an den Haushaltsausschuß beschlossen.

Die Kommunisten verlangten danach von dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, dem sozialdemokratischen Abgeordneten Heiman, den sofortigen Zusammentritt des Ausschusses. Bezeichnenderweise aber lehnte der Sozialdemokrat Heiman die Einberufung des Haushaltsausschusses, und damit die Beratung des Panzertreuzerantrages ab.

## Die SPD.-Minister legen die erste Rate ein

Am 10. August 1928 beschloß dann die Hermann-Müller-Regierung — ohne den Reichstag zu befragen — einstimmig den Bau des Panzertreuzers A und die Bewilligung von neun Millionen.

Am 14. August 1928 brachte die kommunistische Fraktion eine Interpellation ein und forderte von der Reichsregierung Verantwortung vor dem Reichstage wegen des Panzertreuzerbbaus (Drucksache Nr. 357).

Am 15. August 1928 schrieb Breitscheid in der sozialdemokratischen Presse:

„Indem wir uns zum Eintritt in die Regierung bereit erklärten, nahmen wir den Panzertreuzer A mit in Kauf.“

So war der einstimmige Kabinettsbeschluß vom 10. August die logische Folge der gesamten sozialdemokratischen Koalitions-politik.

Am 27. August 1928 (während der Reichstagsferien) forderten die Kommunisten im Vorkomitee die sofortige Einberufung des Reichstages zwecks Stellungnahme zum Panzertreuzer. Auch diese Forderung wurde von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen abgelehnt.

Die SPD. sabotiert das Volksbegehren gegen Panzertreuzer

## Die SPD. sabotiert das Volksbegehren gegen Panzertreuzer

Am 20. August 1928 reichten die Kommunisten ein Volksbegehren gegen den Panzertreuzerbau ein, das von der Sozialdemokratie planmäßig sabotiert und abgelehnt wurde.

Am 4. Oktober 1928 forderten die Kommunisten im Auswärtigen Ausschuß anlässlich einer Debatte über die Abrüstungsverhandlungen in Genf die Aufhebung des Panzertreuzerbeschlusses des Kabinetts. Der Vorsitzende Scheidemann erklärte, daß er über den kommunistischen Antrag nicht abstimmen lassen werde. Bei der Abstimmung über die Zulassung stimmten sämtliche Parteien der Auffassung Scheidemanns zu. Die „Linken“, Saube, Levi, Graf, verließen vor der Abstimmung der Saal, um sich vor der Stellungnahme zu drücken.

Am 31. Oktober 1928, nachdem der Panzertreuzer bereits im Bau war, und bereits für 40 Millionen Mark Aufräge vergeben waren, reichten die Sozialdemokraten einen demagogischen und unehrlichen Antrag gegen den Panzertreuzerbau ein.

## SPD. für Groeners Geheimdenkschrift

Am 16. November 1928 wurden der kommunistische und der sozialdemokratische Antrag von allen übrigen Parteien abgelehnt. Groener hielt eine provokatorische Kriegsrede. Die Kommunisten verlangten die Veröffentlichung der geheimen Groenerschen Panzertreuzer-Denkschrift; die Sozialdemokraten, selbstverständlich auch die „Linken“, stimmten gegen den Antrag auf Veröffentlichung der Geheimdenkschrift und sprachen dann Groener in namentlicher Abstimmung ausdrücklich das Vertrauen aus, darunter die „Linken“ SPD.-Feldens Rosenfeld, Nussbäcker, Seppewitz, Kuhn, Künstler und Wurm.

## H. Müller und Hilferding beschließen die zweite Rate

Im Februar 1929 stellten Hermann Müller und Hilferding in den neuen Etat ausdrücklich die zweite Rate für den Panzertreuzer A ein, obwohl nach den Kabinettsstatuten der

Reichskanzler und der Finanzminister gemeinsam jeden Etatartikel verhindern können.

Am 6. Juni 1929 reichten die Kommunisten im Haushaltsausschuß bei der Beratung des Marineetats den Antrag ein, die zweite Rate für den Panzertreuzer A abzulehnen. Vier sozialdemokratische Redner sprachen, ohne ein Wort zur Panzertreuzerfrage zu äußern, obwohl Groener einleitend den Bau der ganzen Panzertreuzerflotte gefordert hatte! Die Sozialdemokraten stellten keinen Antrag auf Streichung der Panzertreuzerrate. Als bei der Abstimmung die Deutschnationalen den Saal verließen, um die Sozialdemokratie in Verlegenheit zu bringen, kommandierten die Sozialdemokraten drei ihrer Leute ab, damit keine Mehrheit gegen die Panzertreuzerrate zustande komme. Als trotz dieser Kommandierung die Mehrheit noch nicht sicher war, stimmten von den anwesenden Sozialdemokraten drei, und zwar Schöpplin, Hünlisch und Eggerstedt, gegen den kommunistischen Antrag, also für den Panzertreuzer, und nur die übrig gebliebenen Sozialdemokraten leisteten sich das Manöver, für den kommunistischen Antrag zu stimmen.

## Eine heuchlerische Komödie

Am 18. Juni 1929 wiederholte sich dieselbe heuchlerische Komödie der SPD. im Plenum des Reichstages bei der Beratung des Marineetats. Die Sozialdemokratie hatte wiederum keinen Antrag gegen die Panzertreuzerrate gestellt. Bei der Abstimmung über den kommunistischen Antrag gegen den Panzertreuzer drückten sich nicht weniger als 40 sozialdemokratische Abgeordnete und nahmen an der Abstimmung nicht teil. Darunter Wels, Kemmele (Baden), Müller (Sachsenberg), Pöbe, Köhlich (Thüringen), Klefner (Sachsen), Crispian, Otto Braun, um es auf keinen Fall zur Ablehnung der Rate kommen zu lassen. Außer diesen 40 Sozialdemokraten, die bei der Abstimmung fehlten, stimmten die vier sozialdemokratischen Minister Hermann Müller, Hilferding, Seering und Wiffell ausdrücklich gegen den kommunistischen Antrag, also für den Panzertreuzer.

Damit war der Panzertreuzerbau endgültig gesichert.

## SPD.-Minister legen die dritte Rate ein

Im Februar 1930 legten dann Hermann Müller, Seering, Wiffell und Robert Schmidt die dritte Rate für den Panzertreuzer, 12½ Millionen Reichsmark, in den Etat für 1930 ein.

Alle sozialdemokratischen Koalitionsregierungen in Preußen, Baden, Hessen, Braunschweig, Hamburg, Lübeck usw. stimmten im Reichsrat für die Einsetzung der 3. Rate für den Panzertreuzer.

## Einstimmiger Beschluß auf Bau der ganzen Panzertreuzerflotte

Am 8. Mai 1930 teilte der Reichswehrminister Groener mit, daß das Hermann-Müller-Kabinett einstimmig beschlossen habe, vom nächsten Jahre ab den Bau eines Marineprogramms mit der ganzen Panzertreuzerflotte durchzuführen. Groener erklärte wörtlich:

„Die Mitglieder des Reichstages wissen, daß ich durchaus kein Kritiker der Flottenentwicklung bin, sie wissen aber auch, daß ich den Erfolg unseres gänzlich veralteten Schiffsmaterials für unbedingt notwendig erachte. Diesen Standpunkt habe ich auch bei der Beratung meines Etats im vorigen Reichskabinett vertreten und auf die Einsetzung einer ersten Rate für das Panzerschiff B in Anbetracht der besonders angespannten Haushaltslage, also nur aus finanziellen Gründen, erst verzichtet, nachdem vom Reichskabinett einstimmig, also auch unter Zustimmung der vier sozialdemokratischen Minister, in einer besonderen Entscheidung festgelegt wurde, daß mit dem Etat 1931 ein Schiffsbauetat, der auch den Erfolg der Linienschiffe enthalten sollte, vorgelegt würde.“

Am 3. November 1930 legte Brüning in den neuen Etat nicht nur die Rate für den Panzertreuzer B, sondern das vom Hermann-Müller-Kabinett beschlossene Marinebauprogramm ein mit dem Bau der ganzen Panzertreuzerflotte, deren Kosten nicht weniger als 3 Milliarden Mark betragen werden.

Am 20. November 1930 stimmten alle sozialdemokratischen Koalitionsregierungen für die Einsetzung nicht nur der Rate für den Panzertreuzer B, sondern für die Einsetzung des ganzen Marinebauprogramms mit der ganzen Panzertreuzerflotte in den Etat.

## Alle Raten für Panzer A und B genehmigt

Am 11. März 1931 bewilligten die Sozialdemokraten im Haushaltsausschuß des Reichstages die Raten für den Panzertreuzer A und B.

Am 20. März 1931 bewilligten die Sozialdemokraten im Reichstagsplenum diese Raten durch Stimmenthaltung, obwohl bei Ausnutzung der kommunistisch-sozialdemokratischen Mehrheit eine Mehrheit gegen die Panzertreuzerraten im Reichstag vorhanden war. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten prinzipiell

für den Bau der ganzen Panzertreuzerflotte,

indem sie für den Etatjahrs stimmten, der den Bau dieser Schiffsbauerie vorsieht.

## Zwei offene Aufrüstungsbekennnisse

Am 19. März 1931 erklärte der sozialdemokratische Marineredner Hünlisch im Reichstag:

„Dem Herrn Minister antworte ich, daß die Differenzen zwischen uns nicht so sehr wegen des Baues der Ersatzschiffe bestehen, als über das Tempo dieser Bauten. Wir meinen, daß dieses Tempo langsamer sein sollte.“

Am 17. März 1931 erklärte Rudolf Breitscheid im Reichstag:

„Man kann die schwersten Bedenken gegen den Bau dieses Schiffes haben, aber ein Argument kann man nicht beugen, nämlich das, daß der Bau dieses Schiffes unter dem Begriff der Aufrüstung fällt. Das einzige, wovon ich die Aufmerksamkeit nicht abzulenken bitte ist, daß der Bau des Panzertreuzers mit dem Problem der Abrüstung und Aufrüstung nicht das geringste zu tun hat.“

## Das Ende der Panzertreuzerdemagogie

Die Geschichte des Panzertreuzerbauens ist zugleich die Geschichte der sozialdemokratischen Panzertreuzerdemagogie. Vor den Massen der Werttätigen versuchten die sozialdemokratischen Führer immer, eine Opposition gegen die Panzertreuzeraufrüstung vorzutäuschen. Wie unsere genauen datenmäßigen Aufzeichnungen ergeben, taten die sozialdemokratischen Führer aber alles, nicht nur, um den Bau des Panzertreuzers A, sondern um die Fertigstellung der ganzen Panzertreuzerflotte zu ermöglichen. Die sozialdemokratischen Führer sind die struppellose Helfershelfer der deutschen imperialistischen Aufrüstungspolitik. Für alle sozialdemokratischen Arbeiter kann es nur eine Antwort auf den schändlichen Panzertreuzerverrat der SPD. geben:

Heraus aus der Panzertreuzerpartei!

Heraus aus der Partei der deutschen Kriegsausrüstung!

Heraus aus der Partei, die den werttätigen Massen das Brot wehrt, die die Arbeiterkinder hungern läßt, aber hunderte Millionen für die deutsche Kriegsausrüstung bewilligt.

Hinzu in die kommunistische Partei, in die Partei Senin und Liebknecht, die den Kampf führt gegen die imperialistische Aufrüstung der Bourgeoisie, für die Verteidigung der Sowjetunion und für die Beschäftigung des Proletariats!

## Die Panzertreuzer gegen die Sowjetunion

Im Hermann-Müller-Kabinett wurde Ende 1928 eine Geheimdenkschrift über die Panzertreuzer ausgearbeitet. Als die Kommunisten die Veröffentlichung dieser Geheimdenkschrift verlangten, antwortete Hermann Müller im Reichstag:

„Diese Denkschrift enthält Ausführungen über die Landesverteidigung, die im Reichskabinett gemacht worden sind und sich ihrer ganzen Sachlage nach nicht zur Wiedergabe eignen.“

Hier sind die entscheidenden Stellen aus der Geheimdenkschrift, die Hermann Müller der Öffentlichkeit unterschlagen wollte:

„Sowohl vom politischen Standpunkt, als auch vom Standpunkt der militärischen Operationen ist es leicht möglich, daß die Flotte auf einer Front gegen andere baltische Staaten einzuwirken vermag, außer Polen (1).“

Das komplizierte Spiel und Gegenpiel der Interessen in Europa wurde bereits erwähnt. Man braucht nur an einen

Konflikt zwischen Polen und Rußland oder zwischen Rußland und den Nachbarstaaten zu denken, der uns zwingen könnte, unsere Neutralität aktiv aufrechtzuerhalten.

Die folgenden Sätze aus dem „Naval and Military Record“ für April, Juni und Juli 1928 zeigen, welche Aufgabe man in England der deutschen Flotte in der Dänische zuschreibt:

„Wir sind der Meinung, daß eine ausreichende und leistungsfähige deutsche Flotte eine notwendige Garantie des europäischen Friedens ist. Sie würde ein Gegengewicht gegen die russische Seemacht in der Dänische bilden. Die europäischen Mächte als ein Ganzes würden sicherlich jede Einrichtung gegen die Seemacht Rußlands willkommen heißen. Aber auch für Deutschland selbst würde die Frage der Seemacht lebenswichtig werden, wenn Moskau je daran denken sollte, feindselig gegen Deutschland aufzutreten.“

Heraus mit der Polizei-Presse aus den Häusern der Werttätigen!

Polizei-Journaille möchte den Hunger der Armen in kommunistische Mache umschwindeln — Auch die „Vollswacht“ in einer Front mit den Gummiknüppel-Tintenfüllis

Es war zu erwarten, daß die Journaille der Gummiknüppelarmee die feigen Brutalitäten bei der Demonstration am Freitag hundertprozentig verteidigen wird.

daß ein ganzes Drittel und noch darüber, nämlich 210 000 Einwohner, öffentlich unterstützt werden müssen, was in demselben Breslau für Tausende von Stunden nicht notwendig ist.

Diese Tintenfüllis der verschiedenen Gazetten Breslaus haben ein sehr erhebliches Interesse, daß diese „Ordnung“ mit den 210 000 erhalten bleibt.

Deshalb überraschte es nicht, daß das verlappte Nazi-Blatt, die „Schlesische Zeitung“, statt von Hunger, verschärft in letzter Zeit durch den großagrarischen Brotmacher, am Sonnabend schrieb:

Kommunistische Tumulte in Breslau. — Mit Messern, Fahnen und Transparenten gegen die Polizei.

Was braucht man denn in der Redaktion eines Blattes vom Hunger des Volkes Notiz nehmen, welches die Interessen einer Schicht von „Volks-Genossen“ vertritt, deren Vorkahren die Landstraßen unsicher gemacht, die friedlich reisende Kaufleute erschlagen, sie beraubten und das Geraubte dann auf ihren Burgen verhurten und verlosfen.

Die Arbeiterklasse pfeift daher auch darauf, was diese Journaille schreibt, dieses Dreßblatt wird ja auch in Arbeiterkreisen nicht gelesen, die Arbeiter überlassen diese „geistige Kost“ ruhig dem Böbel mit der erkrümelten „Modestie“.

Über es gibt in Breslau eine Zeitung, deren Tintenfüllis bzw. deren Handwerk noch viel schwieriger ist als dasjenige, das jene Schmocks in der „Schlesischen“ und in der „Dominselzeitung“ ausüben, und das sind die „Breslauer Neueste Nachrichten“.

Die „Vollswacht“ als Polizeiorgan Zusammenstöße mit der Polizei

bei der gestrigen Kundgebung der Kommunisten

Am Freitag, dem 15. Mai, gegen 15 Uhr, veranstaltete die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition auf dem Neumarkt eine Kundgebung. Die Teilnehmer waren in geschlossenen Zügen aufmarschiert.

Die bürgerliche „Breslauer Zeitung“ über den Freitag-Abend

Die „linke“ „Vollswacht“ bringt es fertig, den Polizeibericht ohne ein eigenes Kommentar seinen Lesern vorzusetzen.

Der „Kampf“ der SPD. gegen den Stahlhelmaufmarsch auf der Gieselswiese

Stahlhelm-Unterricht in Woischwitz

In Woischwitz gibt es verschiedene Leute, die heftige Sympathien für den Stahlhelm hegen. Das ist soweit ihre Privatliche. Keine Privatliche aber dürfte es sein, wenn der Lehrer Stolper kleinen Kindern Unterricht im Sinne eines Kriegervereins gibt.

zugeben, einfach einen „Arbeitslosen“ aus ihm machte, um ihn so den Erwerbslosen an die Rockschöße zu hängen.

„Die kommunistische Gewerkschaftsopposition hatte gestern Abend eine Versammlung nach dem Neumarkt einberufen. Von allen Seiten kamen dort gegen 10 Uhr Demonstrationszüge zusammen.

Hier wird also der dreifache Versuch unternommen, nach außen den Anschein zu erwecken, als ob es sich nicht um eine Demonstration von Hungernden gehandelt hat, sondern um eine Horde von Wessenen.

Hungernde gibt es nicht. Es wäre alles ganz ruhig, wenn nur

die Kommunisten nicht wären. Das ist der Sinn, der sich hinter jener Gemeinheit verbirgt. Und ein Blatt, das sich solche Frechheiten herausnehmen kann, wird heute noch in sehr vielen Arbeiterfamilien gelesen.

Das würde aber auch bedeuten, daß der Auli recht hat, wenn er schreibt, daß es nicht der Hunger ist, der die Erwerbslosen auf die Straße treibt, weil sie nicht wie Hunde verreden wollen, sondern daß sie lebendig aufgeputzt werden.

ischen Arbeiter zum Bewußtsein kommen, wenn er erfährt, daß die bürgerliche „Breslauer Zeitung“, die ganz bestimmt noch niemals im Gerüche stand, kommunistenfreundlich zu sein, sich genötigt sah, in scharfer Weise zu den beispiellosen Brutalitäten Stellung zu nehmen.

„Selten wohl hat die Breslauer Polizei mit solcher Schärfe eingegriffen wie am Freitagabend. Immer wieder bildeten sich auf dem Neumarkt und den anliegenden dunklen Straßen Ansammlungen, die die Polizei mit Schmährufen empfingen.

Von den dunklen Haustüren her und aus den dicht besetzten Fenstern erschollen immer wieder höfische Zurufe, durch die auch die Stimmung der Polizeibeamten keineswegs gedämpft wurde.

Es darf eben bei den friedlich Vorübergehenden nicht der Eindruck erweckt werden, als würden Treibjagden auf nächtliche Tumultuanten veranstaltet.

Die Polizei hat es schwer; sie darf aber in keiner Lage vergessen, daß sie sich Volksgenossen gegenüber befindet, deren jahrelange Not die Herzen verbräutet und jene gereizte Stimmung erzeugt hat, die nun einmal auch mit dem Gummiknüppel nicht aus der Welt geschafft werden kann.

(Die Auszeichnungen in Fettdruck sind von der Redaktion.)

Film des Arbeiter-Bildungsausschusses zu gehen und der Vater für beides kein Geld habe, äußerte St.: „Was seht ihr da schon, da seht ihr einen mit Plattfüßen und Ballonmütze rumlaufen, für so was hast du Geld?“

Es wäre wohl angezeit, wenn der Herr Schukat sich einmal den hiesigen Schulunterricht näher ansehen würde.

Ein Woischwitzer Vater.

„Gieselswiese“, so nennt man die Rubrik in den Zeitungen, wo die Redaktion die eigene Verantwortung für den Inhalt ablegt. Die SPD-Presse hat es vor dem Kriege nie gewagt, eine solche Rubrik einzuführen, weil sie diese Rubrik als einen Skandal bezeichnete.

Und gerade diese letztere Tatsache ist es, die von der gesamten werttätigen Bevölkerung ins Auge gefaßt werden muß.

Die Arbeiterklasse pfeift daher auch darauf, was diese Journaille schreibt, dieses Dreßblatt wird ja auch in Arbeiterkreisen nicht gelesen, die Arbeiter überlassen diese „geistige Kost“ ruhig dem Böbel mit der erkrümelten „Modestie“.

Deshalb muß sich die Arbeiterschaft Breslaus endlich dazu aufstellen, den verberblidigen Einfluß dieses verlappten Nazi-Blattes auf die werttätigen Schichten unter allen Umständen zu brechen.

In den Häusern der werttätigen Bevölkerung darf nur Raum sein für eine Zeitung, die rücksichtslos die Interessen der Arbeiterschaft vertritt gegen alle Feinde, gleichgültig, ob sie mit dem Gummiknüppel die Interessen des Geldjacks vertreten oder als Tintenfüllis.

In jeden Arbeiterhaushalt die „Arbeiter-Zeitung“

# Rund um den Erdball

## Bilder von der spanischen Revolution

Innenminister Maura



Ein verkappter Monarchist, der dem ausgerückten König Alfons sein ergaunertes Millionenvermögen retten wollte

Madriider Kloster in Flammen



Besonders haben sich Spaniens Jesuiten bei der Bevölkerung verhaßt gemacht. Als Großgrundbesitzer und Spekulanten verstanden sie es ausgezeichnet, unter dem Deckmantel der Religion ihre blutsaugerischen Wuchergeschäfte zu treiben. Nun fliehen viele tausend Nonnen und Mönche vor dem Volkszorn über die französische Grenze

Mechaniker Rada



stellte im Auftrage der revolutionären Arbeiterschaft eine Reihe von radikalen, sofort durchzuführenden Forderungen an die Regierung zur Sicherung und Weiterführung der Revolution

In die Gosse mit den Reaktionären!



Provokationen der Monarchisten beantworteten die empörten Volksmassen mit der Demolierung und Zerstörung reaktionärer Verlagshäuser, Zeitungsdruckereien usw. Auch das Auto des Chefredakteurs der monarchistischen Zeitung „A. B. C.“ mußte dran glauben

Nationalgarden vor dem Escorial!



Gegen die Nationalgarde, dieser besonders verhaßten Schutztruppe der besitzenden Klasse Spaniens richtet sich vor allen Dingen die Wut der Revolutionäre. Die Forderung, diese Kettenhunde der Reaktion sofort aufzulösen und dafür bewaffnete Arbeiterwehren zu bilden, wird immer stürmischer erhoben

### Dampfer mit 60 Passagieren in Seenot

Sowjetschiffe eilen zur Unglücksstelle

Moskau, 16. Mai. Die sowjetrussische Funkstation in Petropawlowsk auf Kamtschatka erhielt einen Funkpruch von dem japanischen Dampfer „Dairen-Maru“, daß er in der Nähe der Kurileninseln auf einen Felsen gelaufen sei und sich im Sinken befinde. An Bord des Dampfers sind außer der Besatzung etwa 60 Fahrgäste. Nach einem Funkpruch aus Hakodate sollen die russischen Behörden eine Hilfsexpedition entsandt haben, um den Dampfer zu retten.

### Lokomotive stürzt auf die Straße

Am Sonnabend, kurz nach 10 Uhr, entgleiste beim Bahnhof Eilen-Rod auf der Ueberführung Stoppenberger Straße eine Rangierlokomotive. Sie stürzte mit dem Lokomotivführer und dem Heizer von der Brücke auf den Bürgersteig der Straße hinab. Lokomotivführer und Heizer wurden schwer verletzt.

### Neue Erdstöße in Italien

In der Gegend von Viterbo sind in der Nacht zum Donnerstag starke Erdstöße verspürt worden. Die Bevölkerung verzehrte die Nacht unter freiem Himmel. In den ersten Morgenstunden wiederholte sich das Erdbeben, dem diesmal ein häufiges unterirdisches Grollen vorausging. Menschenopfer sind nicht zu beklagen.

### Eisenbahnunglück bei Toulouse

In der Nähe von Toulouse entgleiste ein Personenzug. Die beiden Lokomotiven stürzten eine Böschung hinab. Der Lokomotivführer der einen Maschine wurde getötet. Mehrere Reisende erlitten zum Teil schwere Verletzungen.

### Die neue große Frauenzeitschrift: Der Weg der Frau



Erscheint Mitte Mai zum Preis von 20 Pfg. zu beziehen durch die A. J. Z. Kolporteurs und durch den Verlag „Der Weg der Frau“ Berlin W 8, Wilhelmstr. 48.

so heißt eine neue Frauenzeitschrift, die am 15. Mai das erstmalig erscheint. Die Zeitschrift wird sich besonders auch mit den Fragen der jungen Angestellten und Jungarbeiterinnen befassen. Mit dieser Zeitschrift wird ein Massenorgan geschaffen, das es uns möglich macht, neue Schichten, besonders unter der werktätigen weiblichen Jugend, zu gewinnen.

### Polnisches Dorf in Flammen

35 Anwesen eingäschert — 20 Personen verletzt

Warschau, 16. Mai. Die Ortschaft Molodjathu bei Lublin ist von einer Feuerbrunst heimgesucht worden, wobei 35 Anwesen restlos eingäschert wurden. 20 Personen erlitten bei der Löscharbeit teils schwere, teils leichtere Brandwunden. Acht Personen mußten in lebensgefährlichem Zustande ins Krankenhaus nach Chelms übergeführt werden.

### Heiratsschwindler im Gerichtssaal verhaftet

Das Schöffengericht Berlin-Charlottenburg verurteilte am Freitag den Autoschlösser Konrad wegen Heiratsschwindels in drei Fällen zu zwei Jahren Gefängnis und fünf Jahren „Ehrverlust“. Konrad hatte drei Frauen die Ehe versprochen und ihnen Beiträge von zusammen 3500 Mark abgeschwindelt. Der Angeklagte wurde sofort im Gerichtssaal verhaftet.

### Feuerwehrgewagen in voller Fahrt umgestürzt

In der Nähe von Wierczka bei Krakau ist ein Feuerwehrgewagen in voller Fahrt wegen des schlechten Zustandes der Straße an einer Straßenböschung umgestürzt und hat acht Feuerwehrleute unter sich begraben. Einer von ihnen war auf der Stelle tot, zwei andere, die schwere Verletzungen erlitten haben, ringen mit dem Tode und fünf andere Feuerwehrleute mußten mit schweren Verletzungen dem Krankenhaus zugeführt werden.

# „Linke“ Sozialdemokraten — Worte und Taten

Kojenfeld, Sendenib, Ströbel, Graf, Ziegler, Portune, Dettlinghaus, Kubut, Aufhäuser, Tony Sender, Künstler, Citta, Frau Wurm, Löwenstein, Lore Agnes als „linke“ Stützen der Brüningdiktatur

## Die „Linken“ für die kapitalistischen Ausbeutungsminister

„Die Minister unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem sind nichts anderes als Kommiss der Kapitalisten.“

Der linke sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ziegler in der „Chemnitzer Volksstimme“ vom 17. April 1931.)

„Die Sozialdemokratie ist der Brüningregierung nichts als der geduldeten Helfer; Eugenberg und die Nazis sind aber ihre eigentlichen Instrukteure und Auftraggeber. Die Regierung Brüning hält sich mit Hilfe der Sozialdemokratie im Sattel, um reaktionäre und nationalsozialistische Politik zu machen.“

(Der linke Reichstagsabgeordnete Heinrich Ströbel in der sozialdemokratischen „Chemnitzer Volksstimme“ vom 3. März 1931.)

Diesen Ministern der Kapitalisten, dem Reichskanzler Hermann Müller, den Ministern Severing, Pilsferding und Wissell sprachen die linken sozialdemokratischen Abgeordneten während der fast zweijährigen Hermann-Müller-Regierung im Reichstag das Vertrauen aus. Ebenso stimmten sie für den Reichshungerminister Schiele am 3. März 1931, für den sozialdemokratischen Arbeitsminister Stegerwald am 17. März 1931, für den Vertrauensmann Gindenburg und Westarp, den Minister Treviranus am 25. März 1931, für das Gesamtkabinett Brüning am 6. Dezember 1930.

Die „linken“ Sozialdemokraten sind demnach in vollem Maße verantwortlich für die Gesamtpolitik der „Kommiss der Kapitalisten“, der Hermann-Müller-Politik, wie auch der Brüningdiktatur.

## Die „Linken“ für die kapitalistische Kriegsausrüstung

„Wenn ein Sozialdemokrat einer kapitalistischen Regierung neue Mittel für die Waffenausrüstung bewilligt, so stärkt er die Kriegstreiber und ermöglicht ihnen, schwache Völker und die Arbeiterklasse mit Gewalt zu unterjochen und zu unterdrücken.“

(Sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter Ziegler in der „Chemnitzer Volksstimme“ vom 17. April 1931.)

Derselbe Ziegler, wie alle linken Sozialdemokraten haben Jahr für Jahr den kapitalistischen Regierungen Deutschlands „neue Mittel für die Waffenausrüstung“ bewilligt. Jahr für Jahr haben sie der Erhöhung des ungeheuerlichen Reichswehrbudgets zugestimmt. Noch vor wenigen Wochen stimmten sie am 25. März 1931 für die Bewilligung der geradezu unerhörten Summe von 80 Millionen Mark für Waffen und Munition der Reichswehr, von 17,5 Millionen Mark allein für die Manöver der Reichswehr, von 8 Millionen Mark für die Reichswehrpferde. Wohl ein Dutzend Mal sprachen sie dem Kriegminister Groener das Vertrauen aus. So „stärkten“ die linken Sozialdemokraten „die Kriegstreiber und Reaktionsäre und ermöglichten ihnen, schwache Völker und die Arbeiterklasse zu unterjochen und zu unterdrücken.“

## Die „Linken“ für die Tarnung und Verschleierung der Kriegsausrüstung

„Fast jede Zahl der Hunderte von Positionen des Reichswehr- und Marinebudgets fordern zur Kritik heraus. Jede Ziffer ist die Tarnung für die geheimnisvollen Projekte, die vom Reichswehrminister betrieben werden.“

(Sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ vom 22. Mai 1930.)

„Der unkontrollierbare Wehretat, an dessen Echtheit wohl niemand glaubt, ist mit Geheimzeichen geschrieben.“

(Sozialdemokratisches „Volksblatt“, Zwickau, vom 22. Mai 1930.)

Alle linken sozialdemokratischen Abgeordneten stimmten im Jahre 1930, wie bei der diesjährigen Beratung des Wehretats gegen alle kommunistischen Anträge, die eine größere Klarheit des Etats forderten, gegen die Aufhebung aller Bestimmungen über „Übertragbarkeit der Mittel“, über „gegenseitige Deckungsfähigkeit“ usw. Ueber die Hälfte aller Etatmittel waren bereit getarnt. Die sozialdemokratischen linken Abgeordneten aber stimmten restlos für diese „Tarnung für geheimnisvolle Projekte“ und für die „Geheimzeichen“ des „unkontrollierbaren Wehretats“ und sind damit sowohl für die legale wie auch illegale, geheime Kriegsführung der deutschen Bourgeoisie verantwortlich.

## Die „Linken“ für Massenbesteuerung und Besitzsteuerschönung

„Die ohnehin so dürftige deutsche Besitzbesteuerung soll vollends bis zur Aburteilung heruntergedrückt werden, während das bisher schon übermäßig entwickelte System der indirekten und direkten Massenbesteuerung vollends ins Schamlose und Unerträgliche gesteigert werden soll. Diesen darben den Massen aber bindet man neue Steuern, Zölle und Verbrauchsabgaben auf, während man den Besitz entlastet. Ein Verfahren von so schreiender Ungerechtigkeit, das mit parlamentarischen Ausdrücken nicht charakterisiert werden kann. Dies Programm ist danach so ziemlich das Ungeheuerlichste, was in dieser Lage der Massenarbeitslosigkeit und der sinkenden Löhne dem deutschen Volke geboten werden konnte.“

(Der „linke“ Sozialdemokrat Ströbel im „Klassenkampf“, Nr. 24, vom 15. Dezember 1930.)

Alle „linken“ sozialdemokratischen Abgeordneten stimmten im März 1930 für alle Erhöhungen der Massensteuern durch Hermann Müller und Pilsferding, so der Erhöhung der Biersteuer um 50 Prozent, der Einführung der Mineralwassersteuer, der Erhöhung des Zolles auf Tee und Kaffee.

Alle „linken“ sozialdemokratischen Abgeordneten stimmten noch am 9. Dezember 1930 für die Aufrechterhaltung der von Brüning einge-

fährten Kopf- und Regenersteuer, der Bodigsteuer, der Gemeinde-, Bier- und Getränkesteuer, für die Erhöhung der Tabaksteuer um 167 Millionen Mark. Sie stimmten für die Besitzsteuersenkung von 250 Millionen Mark im Einkommensteuergesetz. Sie stimmten am 23. März 1931 gegen die von den Kommunisten beantragte Aufhebung der Kopfsteuer.

Die „linken“ Sozialdemokraten sind also durch ihre Abstimmungen im Reichstag in vollem Maße verantwortlich für die ungeheuerliche Steuerausplünderung der arbeitenden Massen und die standalbe Steuererschöpfung der Besitzenden.

## „Linke“ als Beschützer der Millionäre

„In Deutschland gibt die Steuerstatistik folgendes Bild: Von allen eingehenden Steuern machen die Massensteuern 70 Prozent, die Besitzsteuern dagegen nur 30 Prozent aus.“

(Heinrich Ströbel in einem Artikel über „deutsche Steuerpolitik“.)

„Der bekannteste und trotzdem vielleicht der dunkelste Subventionsfall des Jahres 1929 ist wohl die finanzielle Unterstützung der Mansfeld-WG. Maßgebender Großaktionär dieses Unternehmens ist der Kölner Eisenhändler Otto Wolff, einer der reichsten Männer in Deutschland.“

(Aus einem Artikel im sozialdemokratischen „Klassenkampf“, vom 15. Januar 1931.)

Aber am 23. März 1931 stimmten alle „linken“ den Millionensteuerantrag der kommunistischen Reichstagsfraktion, der noch am 9. Dezember 1930 die Zustimmung aller Sozialdemokraten fand, nieder und erwiesen sich damit als die Beschützer der Millionäre.

Alle „linken“ stimmten für die Bewilligung von 7 Millionen Mark Subventionen an „einen der reichsten Männer in Deutschland“, indem sie dem Regierungsantrag für die Mansfeld-WG-Subvention zusammen mit den Nationalsozialisten zur Annahme verhalfen.

Am 23. März 1931 stimmten alle „linken“, zusammen mit den Vertretern der Schwerindustrie, für den Minister des Steuerrechts, Dietrich, indem sie den kommunistischen Mißtrauensantrag ablehnten.

## Die „Linken“ für die Hungerzölle

„Die Regierung hungert das Volk aus! Weizenknappheit zu Ehren des Profits. Die Preise für Brotgetreide steigen.“

(Volkszeitung für das Vogtland vom 12. März 1931.)

„Zollerhöhungen ohne Ende, die Folgen: Weitere Vermehrung der Arbeitslosigkeit.“

(„Sächsisches Volksblatt“ vom 24. Februar 1931.)

„Was nützt es aber für die Landwirtschaft, die nur 23 Prozent des ganzen deutschen Volkes umfaßt, Sonderborteile durch Steigerung der Lebensmittelpreise herauszuschlagen, wenn diese Preissteigerung nur auf Kosten der Arbeiter- und Angestelltenenschaft erfolgt.“

(„Sächsisches Volksblatt“ vom 9. März 1931.)

Am 3. März 1931 bei der zweiten Beratung des Schiele'schen Hunger- und Zollwucheretats hatten die Kommunisten einen Mißtrauensantrag gegen den deutschnationalen Junkerminister und das führende Stahlhelmmitglied Schiele eingebracht. Die Abstimmung war namentlich, unter denen, die dem Junkerminister Schiele ausdrücklich ihr Vertrauen ausdrückten, indem sie den kommunistischen Mißtrauensantrag ablehnten, befinden sich auch sämtliche „linken“ sozialdemokratischen Abgeordneten.

Am 26. März 1931 stimmte die sozialdemokratische Fraktion dem Zollermächtigungsgesetz zu, das der Brüning-Schiele-Regierung volle Ermächtigung zur weiteren Erhöhung der Zölle gibt. Auch bei dieser Abstimmung stimmten fast alle „linken“, einschließlich der „Disziplinbrecher“ Engelbert Graf und Kubut für das Zollwucher-Ermächtigungsgesetz.

Am 26. März bewilligten die Sozialdemokraten das Ostprogramm für die ostelbischen Junker und Großkapitalisten. Die namentliche Abstimmung weist auf, daß neben Stämpfer, Heilmann, Citta und Lore Agnes auch die Namen der „Disziplinbrecher“ Engelbert Graf, Kubut und Ziegler zu finden sind, die dem Milliardenangebot an die Junker zustimmten.

## Die „Linken“ in den Reihen der Sozialreaktion

„Die Renten für die alten, in harter Arbeit verbrauchten Arbeiter sind heute bereits so niedrig, daß sie zum Leben nicht ausreichen, und an Stelle dieser rückwärtslos propagierten Rentensenkung wäre es dringend nötig eine Erhöhung der viel zu niedrigen Renten.“

(„Sächsisches Volksblatt“ vom 4. März 1931.)

„Immer weiter vermehrte Arbeitslosigkeit, immer weiter vermehrter Druck auf die Sozialgesetzgebung und die Unterstützung, immer weiterer Abbau der Löhne auf der einen Seite und Steigerung der Probpreise auf der anderen Seite; das schafft einen Zustand in Deutschland, der den unteren Volksschichten das Leben immer unerträglicher macht.“

(„Sächsisches Volksblatt“ vom 19. März 1931.)

Aber am 25. März 1931 stimmten die „linken“ Sozialdemokraten gegen den kommunistischen Antrag, die von der Brüningregierung gestrichelten 100 Millionen Mark an den Versorgungsausgaben für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene wieder in den Etat einzusetzen.

Aber am 25. März 1931 lehnten die „linken“ Sozialdemokraten die Bewilligung von 6 Millionen für die Kindererziehung ab.

Aber am 17. März 1931 billigten die „linken“ die Kürzung der Zuschüsse für Invalidenversicherung von 40 auf 20 Millionen Mark und stimmten gegen den kommunistischen Antrag, der die Neueinsetzung von 20 Millionen Mark verlangte.

Aber am 25. März 1931 stimmten die „linken“ gegen den kommunistischen Antrag, die Krisenfürsorge auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit auszuweiten.

Diese Seite ist der neuen Ausgabe des Mitteilungsblattes der kommunistischen Reichstagsfraktion „Der Rote Wähler“ entnommen. Die Ausgabe liefert wiederum jedem Leser hervorragendes Material

# Werbt neue Abonnenten für den „Roten Wähler“

# Finnland spielt mit dem Feuer

### Moskauer Protestnote an die finnische Regierung

Helsingfors, 16. Mai. Der Botschafter der Sowjetunion in Finnland, Genosse Majstij, überreichte dem finnischen Außenminister einen energischen Protest im Zusammenhang mit der am 12. Mai vor dem Volkshausgebäude stattgefundenen Demonstration schändlicher Studenten.

Außerdem protestierte Genosse Majstij gegen die in den letzten Wochen betriebene hemmungslose Antisowjet-Kampagne in der Tagespresse und beauftragte die finnische Regierung mit der Verantwortung für diese Kampagne.

Genosse Majstij betont die skandalöse Haltung der Polizei während der schändlichen sowjetfeindlichen Demonstrationen am 12. Mai. Obwohl in der Nähe des Volkshausgebäudes ungefähr 50 Polizisten konzentriert waren, taten sie nichts zur Verhinderung der Demonstration.

Zum Schluss behielt sich Genosse Majstij für die Sowjetregierung das Recht vor, auf diese Frage zurückzukommen.

Die „Pravda“ stellt die unerhörte Frechheit sowjetischer Kämpfer in Finnland und die zunehmenden Rützungen in Zusammenhang und schreibt: „Gewisse Kreise in Finnland bereiten den Überfall auf die Sowjetunion in feberhaftem Tempo vor. Sie vergessen jedoch gewisse Lehren, die wir an einer unserer Grenzen erlitten. Diese Vorbereitung wird uns, die wir trotz allen Bestrebens, den friedlichen Aufbau fortzuführen, nicht überrumpeln können. In erster Linie sind es jene Kreise Finnlands, die die Verantwortung für das Spiel mit dem Feuer tragen.“

## Der erste Zusammenstoß in Genf

### Zollunionsdebatte im Europakomitee

Genf, 16. Mai. Heute begann die Tagung des Europakomitees mit der allgemeinen Aussprache über Krise und Wirtschaftspolitik. Obwohl das Problem der Zollunion zunächst im Völkerbundrat behandelt werden soll, gab bereits die heutige Sitzung des Europakomitees Anlaß zu einer scharfen Auseinandersetzung. Die charakteristischste ist für die Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze.

Der deutsche Reichsaussenminister Curtius eröffnete die Aussprache. Er zog aus seiner allgemeinen Betrachtung der Krise und ihrer angeblichen Ursachen den Schluß, daß regionale Abkommen in Form von Zollunionen eine Abschwächung der Krisenauswirkungen ermöglichen könnten und wandte sich in diesem Zusammenhang — ohne bezeichnenderweise das Wiener Zollunionsabkommen auch nur zu erwähnen — an Briand mit dem offenen Angebot einer deutsch-französischen Zollunion. (!)

Briand, der mit diesem Schachzug nicht gerechnet hatte, antwortete mit einer scharfen Erklärung gegen die deutsch-österreichische Zollunion.

Der Italiener Grandi griff in die Debatte ein, indem er mit einer deutlichen Wendung gegen Frankreich den Plan einer deutsch-österreichisch-italienischen Zollunion entwickelte.

Die Debatte drohte sich zu einem ersten Konflikt zu entfalten und wurde daher nach einer „richtigstellenden“ Bemerkung Curtius gegen Briand vertagt.

## Siegreicher Streik in Anjüng

Schanghai, 16. Mai. Der Streik von 15 000 Arbeitern aus 33 Betrieben der Seidenindustrie von Anjüng endete mit dem Sieg der Streikenden. Die Unternehmer wurden genötigt, nachzugeben und sämtliche Forderungen der Streikenden zu erfüllen.

Der Erfolg des Streiks ist der Geschlossenheit aller Streikenden und der revolutionären Solidarität der Arbeiter der Seidenindustrie der Stadt Chaitschen (an der Südmandschurischen Eisenbahn) zu verdanken.

## Barrikaden am Wedding

### Der Roman einer Straße aus den Berliner Maltagen 1929

#### Von Klaus Neukrantz

Copyright Internationaler Arbeiterverlag

11. Fortsetzung

Die Geschichte wurde deshalb besonders merkwürdig, wenn man die Gewohnheiten der Menschen aus der Gasse berücksichtigte. Die engen, schlechten Wohnungen sind am Tage, besonders für die jungen Burtschen, die oft nur eine Schlafstelle haben, kein angenehmer Aufenthalt; zudem kosteten sie Geld, das man notwendig zum Essen braucht. Es gab eine ganze Reihe kleiner Geschäfte in der Gasse, in denen es einen Tisch und ein paar Stühle am Ofen gab. In dem Zigarettenladen von Krüdenmayer — so nannten sie ihn, weil er einen Stelzfuß hatte — sah immer eine Handvoll junger Arbeiter. Man rauchte, erzählte sich was, diskutierten und hatte es warm, besser als in der kalten, engen Wohnung. Und die vielen Kneipe in dieser kurzen Straße erregten die Wohnung, vielen die Familie. In einer Kneipe wurde getrunken — was denn sonst? Am Jahrtag gab es in der Gasse auch manchmal Besoffene. Es war kein Zufall, daß die Betrunkener fast immer diejenigen waren, denen es am ehesten ging. . .

Nur bei Petrowski — und das war doch merkwürdig — blieben die neuen roten Stühle abends leer. Man mochte ihn nicht! Er hatte einmal erzählt, daß er ungarischer Emigrant sei und nicht mehr in seine Heimat zurück dürfe. Dabei ließ er durchblicken, daß es sich um irgendeine politische Angelegenheit gehandelt hätte, über die er nicht näher sprechen konnte. Richtiges war aus ihm nicht herauszubekommen. Der schwarze, podennarbige Burtsche war den Arbeitern aus irgendeinem Grunde unsympathisch, ohne daß jemand hätte sagen können, warum. Seine überaus höfliche, hilfsbereite Art paßte nicht in die Gasse und zu ihren einfachen Menschen. Es hatte nichts damit zu tun, daß Petrowski Ausländer war. Der polnische Arbeiter Matja aus Nr. 1 war der Freund der ganzen Straße, trotzdem er kaum ein Wort richtig deutsch sprechen konnte. Da war eben doch ein Unterschied da.

★

Am Nachmittag, etwa gegen 6 Uhr, stand Anna mit ihrem Jungen auf der Straße vor der Haustür. Es war schön, wie

# Das spanische Dorf im Aufruhr

### Kirchensturm in den Dörfern — Blutige Kämpfe — Guerillakrieg in Andalusien

Madrid, 16. Mai. (Sig. Bericht). Die revolutionäre Massenbewegung in Spanien, die mit dem Kloster- und Kirchensturm in eine neue Phase getreten ist, greift mit elementarer

Macht auf das Dorf über. Die ganze Provinz Andalusien, das flache Land um Alicante und Granada steht in Flammen. Bewaffnete Bauernmassen stürmen Klöster und Kirchen. Tausende von Dorfgewaltigen und Klosterinassen stürmen in die Städte. In den letzten Tagen kam es bereits, vor allem in der Gegend von Alicante, zu blutigen Kämpfen mit Polizeitruppen, die mit Maschinengewehren und Gasgranaten gegen die ausländischen Massen vorgehen.

In Dorf Santa Fe bei Granada wurde in der letzten Nacht ein von Nonnen bewohntes Jesuiten-Kloster in Brand gesteckt. Die Einwohner aller umliegenden Dörfer hatten sich mit Hengabeln und Dreiflügel bewaffnet und lieferten den nach mehreren Stunden eingetroffenen Polizeitruppen einen erbitterten Widerstand. In mehreren Bezirken der Provinz Andalusien ist seit mehreren Tagen ein regelrechter

Guerillakrieg zwischen Bauernmassen und Polizei im Gange.

Auch auf Spanisch-Marokko hat sich der Klostersturm ausgebreitet. In Ceuta gelang es dem aufgebotenen Militär erst nach stundenlangen erbitterten Straßenkämpfen, die Massen abzurängen und die Inbrandsetzung der Klöster und Kirchen zu verhindern. Es hat eine Massenflucht des Klerus nach Tanger eingeleitet.

In den agrarischen Provinzen werden Massenverhaftungen vorgenommen.

Die Regierung, die im ersten Augenblick unter dem Eindruck der spontanen Volkserhebung einige Scheinmaßnahmen gegen die Monarchisten getroffen hatte, hat gestern bis auf wenige Ausnahmen alle verhafteten Monarchisten wieder freigelassen.



Alcala Zamora,

der Ministerpräsident der spanischen Republik

## Neue Kämpfe in Burma

London, 16. Mai. Einer „Exchange“-Meldung aus Rangoon zufolge, griffen indische Truppen, unterstützt von britischer Militärpolizei ein Lager der Aufständischen bei Taungu (Burma) an. Dreißig Aufständische wurden getötet und eine große Anzahl Waffen und Munition erbeutet.

# Generalstreik — die Antwort auf den Arbeitermord

### Verhärfung der Streiklage in Schweden — Proteststurm im ganzen Lande — Neue Kämpfe

Stockholm, 16. Mai. Die Lage im Streikgebiet von Nordschweden, wo es zu schweren Kämpfen kam, hat sich weiter verschärft. Die Regierung hat „zur Aufrechterhaltung der Ordnung“ einen Kreuzzug entsandt.

In Stockholm haben gestern Massenprotestversammlungen gegen die Regierung stattgefunden, wobei es zu blutigen Zusammenstößen kam. Militär wurde zur „Wiederherstellung der Ruhe“ aufgeboden.

Die Lage in Stockholm, wo rund 30 000 Arbeiter wegen Lohnunterschieden streiken, wird als ernst betrachtet. Die Zahl der Streikenden in dem nordschwedischen Sägewerksgebiet wird mit 20 000 beziffert. Gestern abend wurde der Generalstreik proklamiert. Auf eine Interpellation der Kommunisten im Reichstag, in der die Demission der Regierung gefordert wird, versprach der Ministerpräsident eine „strenge und unparteiliche Untersuchung“.

In der Zweiten Kammer verlief die Debatte so stürmisch, daß mehrere kommunistische Abgeordnete von der Sitzung ausgeschlossen wurden. Die Sitzung wurde schließlich vertagt.

## Das erste Bergwerk von Magnitogorsk in Betrieb

Moskau, 16. Mai. Gestern wurde das erste Bergwerk des Magnetbergs im Ural in Betrieb genommen, das die Rohstoffbasis der im Bau befindlichen Hüttenwerksanlagen Magnitogorsk und Kusnezskoj darstellt. Die Halbdenausfuhr des Erzes hat begonnen.

Der Leiter des Bergwerkbetriebes teilte Pressevertretern mit, daß das Bergwerk zu dem von der Partei und von der Regierung bestimmten Termin in Betrieb genommen wurde. Seit 180 Jahren sind die Erzkorkommen dieses Berges bekannt. Aber das Kapital-

istische System erwies sich außerstande, den ungeheuren Reichtum an Erz zu erschließen. Die Verwanderung des Magnetbergs zu einer mächtigen Basis der Hüttenindustrie konnte nur die Kraft des proletarischen Staates bewältigen.

Heute haben wir bereits 25 Grubenanlagen. Auf Grund aller Angaben enthält der Berg weit über 300 Millionen Tonnen hochwertigen Erzes. Das Erz enthält durchschnittlich über 60% Eisen, häufig auch 70%.

Die Hochöfen von Magnitogorsk und Kusnezsk sind gesichert, genügend Erz zu erhalten.

## Die Rote Armee Chinas unbeflegbar

### Rankings Geständnisse

Schanghai, 16. Mai. Der Kriegsminister der Nanking-Regierung, Chong-Tsching, erklärte vor der Nationalversammlung in einem Bericht über die Kampagne gegen die roten Truppen, daß die Hauptursache, weshalb für die Nanking-Truppen der Sieg über die Roten so schwierig ist, darin zu suchen sei, daß es an Zusammenarbeit zwischen Regierungstruppen und Bevölkerung mangelte. Chong-Tsching wies darauf hin, daß zahlreiche Nanking-Truppenteile desertierten und sich den Kommunisten angeschlossen.

Trotzdem setzte Chong-Tsching prahlerisch einen neuen Termin für den „Sieg über die Roten in drei Monaten“ fest.

★

EP. Hongkong, 16. Mai. Die aufständischen Kantontuppen, die die regierungstreuen Truppen der Nankingregierung in Whampoa bei Kanton angegriffen hatten, haben nach einseitigem Kampf ihre Gegner zur Übergabe gezwungen.

Den Aufständischen sollen große Munitionsvorräte in die Hände gefallen sein. Die Verluste auf beiden Seiten werden als beträchtlich bezeichnet.

schmutzig die Gasse selbst am Sonntag wieder ausfah. In den Nebenstraßen der Arbeiterviertel ließ der Berliner Magistrat nur alle paar Tage die Straßen säubern. Ausländer und Fremde kamen nicht hierher, da kam es nicht so genau darauf an. — Mit einem Lumpengefüllten Lederball spielten Kinder auf dem schmutzigen Damm Fußball.

Ein großer, gutgekleideter Herr kam die Straße herunter. Bei den Frauen, die vor der Haustür standen, wich er mit einem kleinen Bogen nach dem Damm zu aus und ging dahinter wieder dicht an das Haus heran, sah aufmerksam nach der Nummer neben dem Tor und verschwand, ohne sich weiter umzusehen, schnell in dem Eisgeschäft.

Anna hatte den Mann flüchtig gesehen. Sie kannte ihn nicht, er war nicht aus der Straße. Er war ihn erst aufgefallen, als er nach der Hausnummer blickte und dann zu dem Petrowski in den Laden ging. Wie ein Steuerbeamter hatte er ausgesehen, dachte sie.

Während sich Anna weiter mit den Frauen unterhielt, fiel ihr auf einmal ein, daß es doch kein Steuerbeamter gewesen sein konnte. Heute war doch Sonntag. . . Langsam wurde ihr Interesse wach. Jemand etwas schien ihr da nicht in Ordnung. Der Mann war nicht von hier, was wollte er in dem Laden, in dem kaum Leute, die hier wohnten, hineingingen. — ?! Vielleicht hätte sie den Mann überhaupt nicht weiter beachtet, wenn er nicht gerade zu Petrowski gegangen wäre, zu diesem schwarzen Kerl, den Anna auch nicht leiden konnte. Sie sah unentschlossen nach dem Eisladen hinüber. Ich was —, das ist die Sache wert!

„Kommt Junge, kriegt eine Eiswaffel, weil heute Sonntag ist.“ Begeistert marschierte der kleine Kerl sofort auf den Laden los und zog die Mutter hinter sich her.

Das erste, was Anna in dem Laden feststellte, war die Tatsache, daß der Mann von vorher nicht zu sehen war. Es war also kein Kunde, sondern er mußte mit dem Eiswaffler hinter der Holzwand sitzen. Anscheinend hatten sie sofort aufgehört zu sprechen, es war nichts mehr zu hören. Petrowski kam mit seiner weißen, nicht mehr ganz sauberen Tüte durch den Vorhang heraus. Als er Anna sah, verzog sich sein podennarbige Gesicht zu einem freundlichen Grinsen:

„Guten Tag, Frau Zimmermann. . . kommen Sie mir auch mal was abzuholen. . . elende Zeiten, was!“ Er beugte sich über den Ladentisch zu dem Jungen runter.

„Na, kleiner Mann. . . was willst du denn haben?“

Petrowski sprach ein tadelloses Deutsch, nur an dem harten Gaumenlaut merkte man, daß er ein Ausländer war.

„Eine Eiswaffel für 10 Pfennig“, sagte Anna kurz, ohne auf seine unangenehme Freundlichkeit einzugehen. Sie ärgerte sich, daß sie hier hereingegangen war. Was konnte sie schon feststellen? Der Mann war vielleicht ein Verwandter des Eiswafflers, der am Sonntagnachmittag zu Besuch kam. Schade um das Geld. Schließlich würde sich der Junge bei dem feuchten Wetter noch den Magen an der Eiswaffel erkälten.

Mit einer übertrieben liebenswürdigen Bewegung reichte Petrowski die fertige Eiswaffel dem Jungen hin.

Anna zahlte rasch und ging mit Fritz, der, selig über das unerwartete Geschenk, an der Waffel leckte, wieder auf die Straße. Als sie sich noch einmal nach dem Laden umdrehte, sah sie, daß der Eiswaffler hinter der Türgardine stand und sie beobachtete.

„Blödsinnige Geschichte“, murmelte Anna, „hols der Teufel — bei dem Burtsche war was nicht in Ordnung!“

Über was? Der sah ihr nicht nur nach, weil sie eine hübsche Frau war. Er wollte nur sehen, wo sie hinging. Warum hatte sich der Mann hinter der Wand überhaupt nicht gerührt, als sie im Laden war, warum hatten sie sofort aufgehört zu sprechen. . . ? Sie wußte wirklich nicht, was sie daraus machen sollte; wenn Kurt wenigstens dagewesen wäre.

Auf der anderen Seite des Damms sah sie Paul Wernet kommen, der auch zur Straßenzelle gehörte.

„Paul, war' mal einen Augenblick“, rief sie ihm zu und ging herüber. Paul wohnte in dem Haus des Eiswafflers und konnte vielleicht eher etwas damit anfangen.

„Tsch — Anna, is Kurt schon zurück?“, fragte er und gab ihr freundschaftlich die Hand. Er mochte die junge, saubere Frau gern.

„Ne, Paul. . . aber ich will dir mal was sagen.“ Erst als sie merkte, daß Paul bei ihrer Erzählung sofort ernst wurde und aufmerksam zuhörte, wurde sie wieder etwas sicherer. — Nachdem sie fertig war, sah er sie einen Moment nachdenklich an.

„Du, Anna, bist bestimmt ein Bulle! Den Petrowski haben wir schon lange im Verdacht, daß er nicht so zufällig hier in die Gasse gezogen ist.“ Er überlegte einen Moment.

„Paß mal auf, Anna, du gehst hier ruhig noch eine Weile weiter spazieren mit dem Jungen, falls er dich doch noch beobachtet. Nachher kommst du, damit er dich nicht sehen kann, von der anderen Seite rüber in den Hausflur.“

(Fortsetzung folgt)

# Waldenburger Bergland

## Skandalöse Zustände

### auf dem Arbeitsamt Waldenburg

„Spar“maßnahmen gegen die Erwerbslosen

In welchem Maße durch die Finanzsanktion der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung sich bereits die Sparmaßnahmen bei den Arbeitsämtern bemerkbar machen, das sei durch folgenden Fall bewiesen. Beim Arbeitsamt Waldenburg wurden ab Mittwoch, den 13. Mai, die Zahlzeiten geändert, und auf eine Stunde später verlegt. Als aber die Erwerbslosen zur festgesetzten Zeit erschienen, mußten sie feststellen, daß sie hier zwei bis drei Stunden auf ihre paar Hungerpfennige warten mußten, weil nämlich beim Arbeitsamt Waldenburg 26 Angestellte abgebaut worden sind, in einer Zeit, wo das Heer der Erwerbslosen um weitere Hunderte durch die Entlassungen auf den Gruben vermehrt wird. Also sind es die Erwerbslosen, die unter dem Sparsystem zu leiden haben, denn wenn bis jetzt zwei Angestellte bei den männlichen Erwerbslosen nötig waren, so soll dieses jetzt durch einen Angestellten möglich sein. Daß diese Maßnahmen zu einer ungeheuren Erbitterung der Erwerbslosen führen muß, ist wohl

allen verständlich, aber was wird heute nicht alles durchgeführt, um das lärgliche Dasein der Erwerbslosen noch unerträglicher zu gestalten. An den Erwerbslosen wird es liegen, sich dafür einzusetzen, daß diese Maßnahmen beseitigt werden, daß die Nationalisierung beim Arbeitsamt, die sich auch weiter durch den Personalabbau in der Bearbeitung der Unterstützungsanträge bemerkbar machen wird, Einhalt geboten wird.

Neue Verschlechterungen werden sich bemerkbar machen, wenn die Erwerbslosen nicht endlich erkennen, daß es notwendig ist, sich zusammenzuschließen in einer geschlossenen Kampfesfront unter Führung der KPD, und der Erwerbslosenausschüsse, um sich gegen diese Schikanen zur Wehr zu setzen. In wuchtigen Protestaktionen gilt es, zu zeigen, daß die Geduld der Erwerbslosen erschöpft ist.

Deshalb heraus zur Protestkundgebung und Demonstration am Montag, dem 18. Mai, um 15 Uhr, im „Edeleken“, Waldenburg.

## Ärzte, die Menschen nur als Objekte zum Geldverdienen betrachten

Wotterberg. Vom „Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit“ wird uns geschrieben: Wir haben erst vor kurzem die unerhörten Untersuchungsverfahren eines Arztes an den Branger gestellt. Heute müssen wir erneut die Praktiken eines anderen Arztes öffentlich brandmarken, weil wir es für einen Skandal betrachten, in dieser Weise mit Menschen herumzuspringen.

Diesmal handelt es sich um den Krankenarzt Dr. Berendes in Reichenbach, der als Vertrauensarzt der Landesversicherung aufsehenerregend der Auffassung ist, daß ihm seine Stellung lediglich dazu verpflichtet, die Interessen der Unfall wahren, unbesonnen um die Interessen der Versicherten. In einem Zeitraum von einer Stunde bringt er es fertig, zehn Personen so „gründlich“ zu untersuchen, daß er dann glaubt, ein wirklich einwandfreies Urteil abzugeben. Es mag von seinem Standpunkt aus betrachtet ganz nett sein und vor allem auch einträglich, daß er sich für so „tüchtig“ hält, um so leistungsfähig zu sein. Wir aber sind anderer Ansicht und halten ein solches Verhalten sowohl vom menschlichen als auch ärztlichen Standpunkt für unhaltbar. Nachstehend geben wir ein solches Urteil als Beweis von der besondern „Tüchtigkeit“ dieses „menschlich-freundlichen“ Arztes wieder:

Reichenbach, Eulengeb., den 8. 5. 31.  
(Name)

Klagt über Kopfschmerzen und Schmerzen im linken Arm, ferner über Schwindelanfälle. Vor drei Jahren angeblich Schlaganfall.

Befund: Mittelgroße, gut genährte Frau, 40 Jahre u. A. Sehr defektes Gebiß. Herz, Lunge o. A. Nadelumfang 33 Ztm., links 32 Ztm. Gleichzeitige Klagt die über Ameisenlaufen im ganzen Beine. Inbessin ist der Gang, und auch die Reflexe normal. An Armen, Augen, Sprache lassen sich Überbleibsel eines früheren Schlaganfalles nicht nachweisen.

Gutachten: Geringe Schwäche des linken Beines, vielleicht als Rest eines früheren Schlaganfalles. Zu allen leichten und mittelschweren Arbeiten noch fähig.

gez. Dr. Berendes.

Man braucht wirklich kein Arzt zu sein, sondern auch der Laie wird aus diesem Gutachten erkennen, daß sich Herr Dr. Berendes bei der Abfassung vor allen Dingen als der Sachwalter der Unfall gefühlt hat, sonst könnte er nicht von einer „gut genährten“ Frau sprechen. Es gibt überhaupt heute keine Arbeiter mehr, die gut genährt sind. Jeder Arzt, dem für seine Untersuchungen nur seine ärztliche Wissenschaft maßgebend ist, wird die vorstehende Tatsache ohne weiteres bestätigen können. Aber auch sonst trägt das Gutachten alle möglichen Merkmale, nur nicht solche, wie man sie von einem gewissenhaften Arzte verlangen kann. Mit ganzen zehn Zeilen kann man ein Gutachten nicht abtun, das Anspruch erheben will, als Gutachten gewertet zu werden.

Noch ein tollereres Stück leistete sich dieser Arzt bei der Begutachtung eines Kriegsschädigten. Dieser ist wegen seiner Lunge zum Kriegsschädigten geworden, und zwar 50 Prozent. Dr. Berendes aber brachte es fertig, bei dem Gutachten zu schreiben: „Lunge ohne Befund.“ Auch aus diesem Gutachten geht klar und eindeutig hervor, daß Dr. Berendes gar nicht daran denkt, bei seinen Untersuchungen auch die Interessen der Untersuchten zu wahren, sondern daß es ihm nur darum zu tun ist, seinen Beruf möglichst profitbringend auszunutzen. Diese Tatsache ist für uns nicht überraschend. Wir wissen, daß es eine sogenannte objektive Wissenschaft nicht gibt und daß der Kapitalismus den Arzt genau so in seinen Dienst stellt wie Klassenjustiz und die Gewerkschaften. Aber gerade weil wir das wissen, deshalb kämpfen wir dagegen, und wir sagen den Arbeitern, daß sie auch aus dieser Praxis des Dr. Berendes erkennen müssen, daß sie nur durch Beseitigung der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung auch solchen Ärzten das Handwerk legen können.

### Altwasser

#### KPD will Spitzel in KPD. sehen

Wiederum teilt uns ein Mitglied der SPD. von Altwasser von seiner Partei folgendes mit: In der letzten Vorstandsitzung und der anschließenden Mitgliederversammlung im „Eisernen Kreuz“,

Altwasser, hat man sich die Köpfe zerbrochen und über alle möglichen und unmöglichen Verdächtigungen ihrer Mitglieder diskutiert — und über den Kommunistenspitzel in ihrer Partei. Schöffler sagte,

## Niederschlesien

### Zwei Urteile, die das wahre Gesicht der Klassenjustiz enthüllen

Hungernde Proleten und ein Mittergutsbesitzer auf der Anklagebank

Aunzlau. Am vorigen Freitag fanden hier am Schöffengericht zwei Verhandlungen statt, die einen sehr lehrreichen Beitrag zu dem Kapitel Klassenjustiz lieferten. Wir lassen sie nachstehend kurz folgen:

Der 1872 geborene Mittergutsbesitzer Hermann Weyer aus Dresden hatte seinerzeit das seit dem 17. Dezember v. J. in Zwangsverwaltung stehende Mittergut Aunzlau (Kr. Bunzlau) für rund 1 1/2 Millionen Mark gekauft. Er blieb mit dem Ableben der Anwaltsmarken für seine 62 Arbeiter schließlich für die Zeit vom 8. Juni 1928 bis Oktober 1930 mit einem Gesamtbetrag von 2733 Mark im Rückstand, und dies, trotzdem ihm von der Landesversicherungsanstalt Stundung gewährt worden war. Am Freitag hand er wegen der Nichtabführung der Beiträge vor dem Liegnitzer Schöffengericht. Er erklärte, daß es ihm nicht möglich gewesen sei, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Das Gericht erkannte auf drei Monate Gefängnis.

Schön wenn man dem Mittergutsbesitzer zugehen wollte, daß er mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, kann darüber ein Zweifel nicht bestehen, daß er die Anwaltsmarken hätte bezahlen können. Für fast 3000 Mark erhält er drei Monate, die er aller Voraussicht nach nicht wird abhaken brauchen. Der Staatsanwalt brachte es sogar fertig, um 500 Mark Geldstrafe zu beantragen, wodurch der Herr Mittergutsbesitzer noch ein gutes Geschäft gemacht hätte. Und nun der andere Fall:

In der Nacht zum 26. November v. J. hoben der 1906 in Bunzlau geborene Arbeiter Walter Romat und der 1908 in Siegersdorf geborene Schornsteinfegergeselle Erich Korolek die Tür eines früheren Pferdestalles aus, in dem ein Kaiser seine Kaninchen in Behältnissen untergebracht hatte, erbrachen diese und stahlen acht Kaninchen. Die beiden Einbrecher verzehrten jeder ein Kaninchen, verkauften die übrigen und teilten den Erlös von 7,50 Mark. Der Diebstahl kam jedoch heraus, und am Freitag verurteilte das Liegnitzer Schöffengericht Romat wegen schweren Diebstahls im Rückfall zu einem Jahr Gefängnis und seinen Komplizen wegen einfachen Diebstahls bei dreijähriger Straussetzung zu drei Monaten Gefängnis. Beide beteuerten vor Gericht, in Not gehandelt zu haben.

Selbst das Gericht konnte der Einwand, daß der nackte Hunger die Tat veranlaßt, nicht austräumen. Das geht ja daraus hervor, daß bei dem einen Arbeiter die Strafe ausgesetzt wurde. Diese Aussetzung hat aber so gut wie gar keinen Wert für den Arbeiter. Drei Jahre soll er sich „gut führen“. Bringt ihn der Hunger nur zu dem geringsten Verlust gegen die „Ordnung“, dann muß er die drei Monate abhaken. Für 7,50 Mark müssen zwei Arbeiter 15 Monate ins Gefängnis. Der Herr Mittergutsbesitzer aber wird für die 3000 Mark wahrscheinlich überhaupt nicht sitzen brauchen. Aber vor dem Geschehen alle Gleichheit! Wie diese „Gleichheit“ aussieht, das beweisen diese zwei Urteile, die von demselben Gericht an einem Tage gefällt wurden.

### Liegnitz

#### Auch die Mittelständler erwachen

Daß auch in den Reihen der Mittelständler sich immer mehr der Gedanke Bahn bricht, daß weder die bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Nazis, noch die SPD. ihnen helfen kann, sondern daß ein-

man solle die eigenen Mitglieber streng hemachen, und man will versuchen, ein Mitglied der SPD. als Spitzel in die KPD. zu setzen, um zu erfahren, wer von ihren Parteimitgliedern mit der kommunistischen Partei in Verbindung steht. Nun, uns soll es recht sein. Wir haben nur Bange, daß die SPD. die Gespöppe sein wird. Denn dann müßte sie 50 Prozent ihrer Mitglieder als Spitzel in unsere Partei setzen und wäre sicher, daß sie weder einen Bericht bekäme noch ein Genosse zu ihnen zurück ginge. Denn es steht fest, daß 50 Prozent ihrer Mitglieder gegen die Politik der SPD.-Führer rebelliert. Der schlechte Besuch der Mitgliederversammlung im „Kreuz“ zeigt doch, wie sich die Mitglieder für die SPD.-Politik interessieren; sie können es einfach nicht verantworten, wie ja die Mitglieder selbst erklären.

Wir haben auch vor den SPD.-Arbeitern nichts zu verheimlichen: wir sind sogar jederzeit bereit, in unseren Mitgliederversammlungen mit ihnen launradischhaftlich zu diskutieren.

Die Bonzen oder Bonzenwärter vom Schlage Reichel würden mit ihren unehrlichen Absichten bei uns bald abprallen. Wie „Helmut“ Reichel in der SPD. ist, zeigt, daß er beinahe von einem seiner Parteimitglieder verklagt worden wäre.

Den ehrlichen SPD.-Arbeitern aber sagen wir: zieht die letzte Konsequenz und kommt zur KPD.!

### Freiburg

#### Verwüstungen durch eine Windhose

Am Freitag, kurz nach 13 Uhr, ging in Begleitung eines leichten Gewitters, von Pölsitz kommend über Freiburg eine Windhose, die große Verwüstungen anrichtete. In Pölsitz wurden auf dem Gut der Provinzialverwaltung die Dächer sämtlicher massiven Häuser, Scheunen und Stallgebäude abgedeckt. Im Freiburger Stadtpark wurden alte, dicke Bäume wie Streichhölzer geknickt. Der am Ausgang des Parks stehende Holzbock wurde vollkommen zertrümmert. Glücklicherweise gab es bei dem Unwetter nur einige leicht verletzte Personen, da um diese Zeit Verkehrshilfe herrschte. Der angerichtete Sachschaden dürfte jedoch erheblich sein. Die Feuerwehr ist mit den Aufräumarbeiten beschäftigt.

sig und allein der Weg, den die KPD. weist, der richtige ist, bemerkt die letzte von unserer Partei einberufene öffentliche Mittelstandsversammlung. Die Erschienenen sollten unserem Redner, dem Gewählten Landtagsabgeordneten Schulz, reichen Beifall. Er zeigte in dem Referat die Räte des Mittelstandes auf und wies überzeugend nach, daß die Mittelständler nur im engen Bündnis mit dem Proletariat auch ihre eigenen Interessen vertreten können.

In der Diskussion nahm eine Vertreterin des Zentrums, Frau Weinig, das Wort, ohne aber auch nur den Versuch zu machen, die Ausführungen des Redners zu widerlegen. Im Schlußwort nahm Genosse Schulz noch einmal Veranlassung, scharf die Notwendigkeit einer Einheitsfront von Arbeitern und Mittelstand herauszuarbeiten und mit allen Feinden des Mittelstandes gehörig abzurechnen.

### Reichswehr und Faschismus

Am Himmelstahrtstage zwischen 9 und 10 Uhr ritten drei Nazi im getrockneten Galopp die Weigenfelder Straße entlang. Da der Bürgersteig gebedert war, waren die Straßenpassanten gezwungen, zwischen aufgeworfenen Sandhaufen Schutz zu suchen. Es handelte sich bei diesen Nazis um die Söhne der Kräutereibesitzer Jörstler und Schuchdecker aus der Jauerstraße. Letzterer ist Stadtratsmitglied des Reichsblocks. Schließlich wurde festgestellt, daß die drei Reiter in der Kavalerie vorstehenden, was angeblich ein Reitturnier der Reichswehr abgehalten wurde. Man kennt ja die enge Verbindung zwischen Nazis und Reichswehr. Immerhin wäre es interessant zu erfahren, ob es wirklich den Tatsachen entspricht, daß man den Reichswehren die Kavalerie zur Verfügung gestellt hat, oder ob es sich um eine Veranstaltung verkappter Nazis gehandelt hat, was zwar im Grunde genommen dasselbe bedeutet, aber doch zur Stellungnahme wichtig wäre.

### Goldberg

#### Trotz Riesenarbeitslosigkeit werden Heberstunden in Massen gehoben

Goldberg. Der Werkmeister Bulla leitete in Diensten der Brandenburgischen Arealsteinbruch-AG. in den Sommermonaten des verlaufenen Jahres allmonatlich bis zu 130 Heberstunden. Auf sein Drängen sprach ihm die Firma eine monatliche Entschädigung von 100 Mark zu. Hiermit gab sich B. nicht zufrieden, da die Heberstundenbezahlung je Stunde 1,35 Mark wertig und 1,75 Mark für die Sonntage betragen müsse. Die Firma erklärte ihrerseits, daß mit der Monatszahlung von 100 Mark die Heberstunden abgegolten seien, da ein tarifliches Abkommen mit dem Werkmeister nicht bestehe. Dieser klagte nun vor dem Liegnitzer Arbeitsgericht eine Entschädigung von 1400 Mark ein. Das Arbeitsgericht stellte sich auf den Standpunkt, daß der Kläger keinen Anspruch auf Tarifbestimmungen erheben könne, zumal er Entschädigung erhalten hat und wies die Klage ab. Der Abgewiesene will beim Landesarbeitsgericht in Breslau Berufung einlegen.

Diesem Werkmeister geschieht eigentlich ganz recht. Wenn er trotz Riesenarbeitslosigkeit 130 Heberstunden schiebt, dann ist sein Verhalten genau so verdammenswert wie die Firma selbst, die das verlangt. Aber man sieht hier, wie gewissenlos die Unternehmer bei ihrer Profitgier verfahren.

Klugheit beweisen  
für alle Speisen:

1/2 lb **35**  
DIE FEINE  
PREISWERT WIE KEINE

MARGARINE

Die rote Sportfront marschiert trotz alledem!

Mit Verleumdungen, Denunziationen und Inanspruchnahme des Staatsapparates versuchen die sozialfaschistischen Führer der Arbeitersportverbände, den Vormarsch der roten Sportfront aufzuhalten...

102 Vereine haben sich der R.S. im Monat April neu angeschlossen.

Besonders stark ist in diesen Zahlen das Landesgebiet Sachsen, die angebliche Hochburg Gellers, vertreten. Der „Rote Sachsenpost“ veröffentlicht in seiner Nummer vom 11. Mai folgende im Mai erfolgten Anschlüsse an die Kampfgemeinschaft:

Arbeiter-Turn- und Sportvereine Großa-Lomitz: Sportlust; Warbach: Sturm; Köpferbrado-Neubeul: A.S.D.; Willau: Zentralverein; Reulisch: Zentralverein „Vorwärts“; Grieschwitz: Sportverein; Freitenbach: Arbeitersportverein; Breitenbrunn: Turnverein; Planitz: Zentralverein. — Radfahrer: Lößnitz, Schwarzbach, Scheibenberg, Grottenborn, Burthardisdorf, Lauter. — Naturfreunde: Leipzig: Fichte, Wanderpartei Norden, Osten und Engelsdorf. — Schach: Freier Arbeiter-Schachklub Leipzig, Schachabteilung Dresden. — Schwereathletik: Box- und Gymnastik-Klub „Punsching“ (bürgerlicher Verein).

D.Z. unterm Halenkreuz

In verärgertem Tempo versuchen die faschistischen Sportführer der Deutschen Turnerschaft wie überhaupt des deutschen Reichsausschusses die Faschisierung des bürgerlichen Sportes durchzuführen. Immer klarer tritt die enge Verbundenheit mit den Nazis zutage.

Dieser kann die Verbindung der D.Z. mit den Nazis nicht dokumentiert werden. Stärkere Aktivität, stärkere Propaganda unter den Arbeitern und Arbeiterinnen der D.Z. für den roten Kampfsport, für den wehrhaften Kampf gegen Faschismus muß die Antwort der roten Arbeitersportler auf den Sportfaschismus sein.

In Hessen-Frankfurt verstärkte Ausschüsse

Hebe und Verleumdung hat auch im Gebiet Hessen-Frankfurt den Vormarsch der roten Sportler nicht aufhalten können. Trotzdem lassen die Mitglieder der Bundesvereine es sich nicht nehmen, mit ihren Klassegenossen Sport zu treiben.

46 Vereine beschließen Zentralisation

In Duisburg-Hamborn haben die roten Sportvereine beschlossen, sich zu einem Zentralverein zusammenzuschließen. Die Gründungsversammlung ging am vergangenen Sonntag vor sich.

In der Gründungsversammlung herrschte Einmütigkeit darüber, gestützt durch den Zusammenfluß der Vereine, eine noch stärkere und breitere Propaganda für den roten Kampfsport zu entfalten.

Erstes Landestreffen der Roten Kavallerie

In Chemnitz veranstalteten die Roten Rad- und Motorradfahrer ein Landestreffen. Trotz ungünstiger Witterung war die Teilnahme sehr gut. Über 200 Radfahrer und 400 Motorradfahrer durchzogen im eindrucksvollen Zuge mit unzähligen roten Wimpeln, Fahnen und Transparenten die Proletariatsviertel.

provokatorische Deke der Nirmann-Bezirksleitung. Rot Sport marschiert. In diesem Zeichen stand das Erste Landestreffen der Roten Kavallerie Sachsens.

Flugstart des Arbeiter-Sportfliegers

Im Gebiet Rheinland veranstalteten die roten Arbeitersportler in Hilben unter starker Anteilnahme der Arbeiterschaft eine Orts-Spartakiade. Anlässlich dieser Orts-Spartakiade startete das vom Arbeiter-Luftsport-Verband selbstgebaute Segelflugzeug „Jungpionier“ zum ersten Male.

Auch eine Werbung für die Spartakiade

Der britische Arbeitersportverband ist besonders in Süd-Wales eifrig an der Organisation einer starken Boxmannschaft zur Teilnahme an der Spartakiade in Berlin tätig. Der Sekretär der Amateur-Boxer-Vereinigung von Wales hat nunmehr eine Erklärung veröffentlicht, wonach jeder Boxer, der an der Spartakiade teilnimmt, automatisch disqualifiziert werden soll.

Diese Erklärung des Sekretärs, die in der kapitalistischen Presse von Wales weit verbreitet wurde, hat jedenfalls veranlaßt, die Aufmerksamkeit breiter Kreise auf die Spartakiade zu lenken.

Wefer 08-Bremen schlägt Reinbek hoch 5:1 (1:1)

Vorerst verteiltes Spiel, bei dem die etwa 500 Zuschauer sofort erkennen können, daß Bremen die besser durchgebildete Elf stellt. Nach 10 Minuten geht Wefer durch Rechtsaußen in Führung.

Fichte-Stellungen schlägt Hamburger Städte-Elf 5:3 (2:3)

Für viele nicht unerwartet konnte sich Stellings eingespilte Elf gegen die Städteelf sicher behaupten und Lieferke gegen Schluß ein überlegenes Spiel. Das bessere Kombinationsvermögen ließ den Sieg verdient erzielen.

A.S.V. „Pfeil“

Laut einstimmigen Beschluß unserer am 14. Mai stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung wurden die Mitglieder

- Böschner, Herrmann, Lange Gasse 53, Fiedler, Herbert, Leutenstraße 47, Büchel, Helmut, Westendstraße 33-35,

aus unserem Verein wegen großen organisationschädigenden Verhaltens ausgeschlossen. Wir warnen alle Organisationen, dieselben in ihre Reihen aufzunehmen.

In den Vorstand wurden folgende Genossen gewählt: 1. Vorsitzender Max Brudny, Lange Gasse 53; 2. Vorsitzender Hugo Wiesna,

Sämtliche Arbeitersportler Breslaus

revidieren sich den 24. Mai (Pfingstsonntag) zum

Auswahlspiel A-B

um 17 Uhr auf dem Astania-Platz, Dfener Straße.

Altenstraße 49; 1. Kassierer Willi John, Am Wäldchen 19; 1. Schriftführer Kurt Kehl, Striegauer Straße 2; 1. Sportwart Paul Wehstein, Polener Straße 69; 1. Jugendwart Erich Böhm, Bergstraße 53; Kassenschriftföher: Schulte, Dheimfki; Vereinskassier: Döbrich, Leutenstraße 82.

Breslau

Einem Stahlhelmprovokatour die Fenster eingehauen

Steigerung der Kommunifensbege

Wahrscheinlich ermutigt durch die Postzeibrutalitäten vom Freitag als offenen Hilfsdienst für die Stahlhelmpist, glaubte der Stahlhelmer P. L. ein, der ein Uniformgeschäft am Königsplatz betreibt, in seinem Schaufenster eine riesenpropaganda für den Stahlhelmaufmarsch betreiben zu müssen.

Genosse Kleinert als Demonstrationsleiter verhaftet und mißhandelt

Bei den Polizeiattden am Freitag wurde u. a. auch der Genosse Kleinert, der die Demonstration leitete, verhaftet. In dem Raum, wo die Gefangenen untergebracht worden sind, wurde dann der Genosse Kleinert von zwei Beamten, die von der Straße herein kamen, mißhandelt.

Achtung! Kommunistische Stadtverordnetenfraktion!

Heute, Montag, 19 Uhr Freiheitsgasse 2 (Rote Hölse) Sitzung Vertreter der Stadtteile müssen unbedingt erscheinen.

Sonderveranstaltung der Piscatorbühne für die Breslauer Erwerbslosen

Um auch den Erwerbslosen Breslaus die Möglichkeit zu geben, die Aufführung „Frauen in Rot“ zu sehen, veranstaltet die Berliner Piscator-Bühne am Donnerstag, dem 21. Mai, nachmittags 4 Uhr, im Liebich-Theater eine Sondervorstellung für Erwerbslose zu Eintrittspreisen von 30 und 50 Pfg.

Letzte Vorstellungen der Piscatorbühne

Mittwoch, Donnerstag und Freitag finden die letzten Vorstellungen von „Frauen in Rot“ durch die Berliner Piscator-Bühne im Liebich-Theater statt. Um allen Gelegenheit zu geben, diese außerordentliche Aufführung zu sehen, werden diese Vorstellungen als Volkskonzerte zu niedrigen Eintrittspreisen von 50 Pfg. bis 1,50 Mark veranstaltet.

Verantwortlich für die 1. und 2. Hauptstelle, Probung und Lokale: Ritsche, Breslau. — Für die übrigen Stellen: Karl Brehner, Berlin. — Für Inserate: Karl Gansbock, Breslau. — Verlag und Druck: Schönsche Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau.

Schauspielhaus

Operettenbühne Fernspr. 363 00 Täglich 8 Uhr: Gastspiel des Mellini-Theaters Hannover

Liebe und Trompetenblasen

mit Günther Fischer Preise 50 Pf. bis 4.-

Trinkt deutschen Tee

(s. a. Arb.-Ztg. Nr. 89)

Genossen! Kauft Mate-Tee nur vom Genossen

Hindemit, Breslau, Yorckstr. 49 ptr. 10 Prozent Erlös der R. H. D.

Frei-Haus-Lieferung! Postkarte wird ersetzt!

Bade dich gesund im Breslauer Hallenschwimmbad

H

Empfehlenswerte Geschäfte in Schlesien

Grid of advertisements for various businesses in Schlesien, including Oswald Klose (meat), R. Celling (drugs), Hermann Tichter (wine), Gasthof „Zum Sonne“, Rudolf Haertel (bakery), Eise Schön (tobacco), Lucker-Säle (liquor), Siegfried Barasch (shoes), Josef Jäschke (liquor), H. Rosenstein (liquor), L. Stanietz (clothing), Sittenfeld-Seller (clothing), Dittersbach (bakery), Kubałzki Nachfig (tailor), Reform-Lebensmittelhaus (grocery), W. Pasche (bakery), Herren-, Damen- und Kinderbekleidung, Niesky OI (meat), G. Jähne (meat), R. Gottschlich (bakery), Kleiderstoffe, M. Lund (clothing), Gasthof „Zum Stern“, Stern-Lichtspiele, Molkereiprodukte, C. Berndt (bakery), Lebensmittel, H. RÖNSCH (meat).